

Antrag der Fraktion der CDU

Robuste Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schaffen – Jugendliche vor Kriminalität schützen!

Flüchtlinge und Asylbewerber kommen derzeit aus vielen Krisenregionen der Welt in die Freie Hansestadt Bremen und suchen bei uns Zuflucht vor Krieg, Hunger und Gewalt. Auch die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die ohne personensorge- oder erziehungsberechtigte Personen nach Deutschland gekommen sind, ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Allein in den ersten fünf Monaten 2015 kamen 414 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) im Land Bremen an. Insgesamt wird für das Jahr 2015 ein Zuzug etwa 1000 UMF erwartet.

Dem größten Teil der UMF gelingt nach der Ankunft Schritt für Schritt die Orientierung und das zur Ruhe kommen in Bremen und Bremerhaven. Einige brauchen nur wenig, andere viel Begleitung, weil sie von der Flucht traumatisiert, suchtmittelabhängig sind oder aus anderen Gründen Schwierigkeiten haben, sich auf die gesellschaftliche Ordnung einzulassen. Leider wird das Gelingen einer Integration für diese Jugendlichen zunehmend durch die Überforderung des Sozialressorts bei allen wesentlichen Problemstellungen überlagert: Es kommt immer wieder zu groben Mängeln bei den Inobhutnahmen, Unterbringungen, sowie bei der Betreuung und Beschulung der Jugendlichen. Monatelang mussten viele von ihnen ohne ausreichende Tagesstruktur und Zielsetzung für die Zukunft unter katastrophalen hygienischen Bedingungen in der Steinsetzerstraße leben. Diese Zustände sind schon seit längerer Zeit Kindeswohlgefährdend. Aber auch Ausweichquartiere, wie Einfachhotels und Zelte genügen den Anforderungen einer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung nicht.

Auch bedingt durch diese Fehler beim Umgang mit den jugendlichen Flüchtlingen werden einige von ihnen anfällig für kriminelle Handlungen. Dazu fallen die Mitglieder einer kleinen, sehr heterogenen Gruppe von UMF unabhängig von der Aufnahmesituation in Bremen schon gleich nach ihrer Ankunft durch erhebliche Straftaten auf. Man geht davon aus, dass es sich dabei um eine Zahl von 15-40 allerdings immer wieder wechselnder Intensivtäter handelt. Die meisten, der im Zeitraum vom 01.02.2014 bis 28.02.2015 in der Stadtgemeinde Bremen von minderjährigen Flüchtlingen verübten 830 Straftaten, gehen auf das Konto dieser Gruppe. Sie sind nicht nur eine Gefahr für sich selbst und andere Flüchtlinge, sondern sie gefährden auch die öffentliche Sicherheit und fördern zunehmend Vorurteile und die Angst vor Asylbewerbern und Flüchtlingen. Zu Recht wird deshalb seit längerem gefordert eine geschlossene Unterbringung für kriminelle UMF in

Bremen zu ermöglichen. Hier könnten diese Jugendlichen vor sich selbst und andere vor ihnen geschützt werden. Sie brauchen aufgrund ihrer speziellen Lebensgeschichte und oftmals zusätzlichen Suchtproblematik qualitativ hochwertige intensivpädagogische und therapeutische Begleitung, um sich in diese Gesellschaft einzugliedern. Diese könnte ihnen im Rahmen einer solchen Einrichtung ermöglicht werden.

Entgegen dem eigenen Beschluss Anfang Februar 2015 und der erneuten Bekräftigung des Vorhabens im aktuellen Koalitionsvertrag hat der Senat bis heute keine konkreten Pläne für eine solche Einrichtung vorgelegt. Die spezielle Problematik und die Straftaten der kleinen Gruppe der UMF haben aber keineswegs abgenommen. Raubüberfälle, Wohnungs- und Geschäftseinbrüche, Autoaufbrüche, bandenmäßige Drogenkriminalität und Körperverletzung sind an der Tagesordnung. Eine weitere zeitliche Verschiebung der Schaffung dieser Einrichtung ist auch mit Blick auf die zunehmend negative Stimmung in der Bevölkerung nicht länger hinnehmbar.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unverzüglich auf Grundlage des SGB VIII die Möglichkeit einer geschlossenen Unterbringung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu schaffen und die Einrichtung, wenn nötig, auch als Eigenbetrieb des Landes Bremen zu betreiben.

Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU